

Wirtschaftsleben

NACHRICHTEN AUS WIRTSCHAFT, FREIZEIT UND LIFESTYLE

Donnerstag, 1. August 2019 Nummer 211



Die echten Dritten
Berliner Forscher wollen echte Zähne bei Erwachsenen wachsen lassen. Seite 22 Foto: iStock

15

Pensionisten wollen weiterarbeiten

Laut Umfrage wollen zwei Drittel der Österreicher im Ruhestand arbeiten – bezahlt oder ehrenamtlich. Und einem Großteil der Unternehmen ist der Ausbau der betrieblichen Pensionsvorsorge ein Anliegen.

Wien – Noch hat der Wahlkampf nicht begonnen, noch verwaltet die Übergangsregierung die Republik. Doch die künftige Regierung ist bereits mit Wünschen zum Thema Pensionen konfrontiert: Die Plattform „seniors4success“ erwartet sich die Angleichung der Pensionsysteme von Arbeitsnehmern und Beamten, Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut von Frauen sowie eine spürbare Erhöhung der Mindestpension. Und einen Ausbau der privaten und betrieblichen Pensionsvorsorge – neben dem gesetzlichen System die zweite und dritte Säule – fordert die zu Raffielsen gehörende betriebliche Vorsorgekasse Valida.



Die Vorsorge-Branche und die Plattform „seniors4success“ haben Reformwünsche ans Pensionssystem. Photo: APN/Schlagger

Zwei Drittel der Österreicher wollen auch in der Pension arbeiten – ehrenamtlich oder bezahlt. Das geht aus einer Umfrage der Plattform „seniors4success“ hervor. Nur 18 Prozent geben an, nicht arbeiten zu wollen. Der Trend zum Arbeiten ist deutlich gestiegen: 2017, als die Studie zuletzt durchgeführt wurde, gaben 56 Prozent der Berufstätigen an, auch in der Pension weiterarbeiten zu wollen (2019: 66 Prozent). Ausschlaggebend sei für die Befragten das Selbstwertgefühl, sagte Leopold Stieger von „seniors4success“.

Für die Umfrage wurden zwischen März und Juni 2019 500 Personen ab 45 Jahren befragt. Über 80 Prozent der über 45-jährigen machen sich bereits Gedanken darüber, wie sie ihr Leben in der Pen-

sion verbringen wollen. Dabei überwiege die Vorfrende auf die Pension (54 Prozent).

Derzeit arbeitet laut der Befragung die Hälfte der Pensionisten ehrenamtlich, 26 Prozent arbeiten bezahlt, 20 Prozent betreuen Familienangehörige und 6 Prozent studieren.

Dass die Pensionsvorsorge auch für den Großteil der Unternehmen in Österreich ein wichtiges Thema ist, geht aus

einer Umfrage im Auftrag der Valida Vorsorge Management hervor. Die Quote bei großen internationalen Konzernen sei mit 90 Prozent gut, doch rund drei Viertel der mehr als 300.000 österreichischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bieten keine betriebliche Altersvorsorge für ihre Mitarbeiter an. Valida-Chef Martin Sardelic sieht hier Nachholbedarf.

Die betriebliche Altersvor-

sorge verstehe sich nicht als Konkurrenz zum staatlichen Pensionssystem, sondern als Ergänzung, betonte Sardelic. Und eine betriebliche Altersvorsorge werde auch als Instrument der Mitarbeiterbindung immer wichtiger.

Das „3-Säulen-Modell“ der Pensionsvorsorge ist 38 Prozent der Arbeitgeber bekannt. Man müsse hier auch als Branche Bewusstsein schaffen, fordert Sardelic. **(APA, tiz)**

Das Pensionssystem in Österreich

Alterspension: Im Dezember 2018 waren 1.714.021 Österreicher in Alterspension. Inklusive Witwen-, Waisen- und Invaliditätspensionen gibt es 2.363.581 Bezahler. Davon leben 158.504 Personen in Tirol.

Mindestpension: Formal gesehen gibt es in Österreich keine Mindestpension. Doch Bezahler von niedrigen Pensionen – Alleinstehende mit weniger als 933 Euro und Ehepaare mit weniger als 1399 Euro – erhalten eine Ausgleichszulage. Österreichweit beziehen 208.739 Personen eine Ausgleichszulage. In

Tirol sind es 17.359 Personen mit durchschnittlicher Zulage von 330 Euro (Stand Dezember 2018).

Bonus: Einen Bonus erhalten ab dem Jahr 2020 Mindestpensionisten mit langen Beitragszeiten. Wer 40 Versicherungsjahre hat, erhöht damit auf 1315 Euro, für Ehepaare sind 1782 Euro vorgesehen. Bei 30 Erwerbsjahren sollen zumindest 1080 Euro ausbezahlt werden. Davon sollen rund 110.000 Bezahler profitieren. Politisch ungeklärt ist noch, ob der Bonus auch EU-Bürgern zusteht, die zumindest ein Jahr in Österreich gearbeitet haben.

Umfrage – Arbeiten in der Pension?

„Möchten Sie in der Pension weiterhin tätig sein?“
211 Befragte, noch nicht in Pension



„Arbeiten Sie jetzt in der Pension weiterhin?“

225 Befragte, in Pension, Mehrfachnennung möglich



Zahlen gerundet

Graphik © APA, Quelle: seniors4success



Billigflüge können teuer kommen

Der auf opodo.de angezeigte Preis sei oft nicht für alle Kunden zu haben.



Zusatzkosten belasten Handytarif

Bis zu 33 Nebenkosten pro Handyanbieter hat die Arbeiterkammer (AK) bei Magenta und Tele.ring gefunden. Aktivierungskosten, Servicepauschalen, Tarifwechsel oder die SIM-Entsperrung – das schlägt auch bei A1, Drei, Bob, Hot!, yesssi, Georg, wowww! und spusu zu Buche. Foto: dpa/Naupold

Wien – Beim Europäischen Verbraucherschutz (EVZ) Österreich gehen derzeit Beschwerden über intransparente Preisgestaltung auf der Buchungswebsite *opodo.de* ein. Der über den gesamten Buchungsvorgang angegebene günstigste Preis gelte nur für Premium-Mitglieder. Wer auf der österreichischen Internetseite des Unternehmens buche, werde derzeit nicht mit dieser Vorgehensweise konfrontiert.

Dass der vergünstigte Preis auf *opodo.de* nur für Spezialmitglieder gilt, wird laut EVZ

erst im späteren Verlauf der Buchung in einer Randnotiz erwähnt. Selbst beim Abschluss der Buchung scheine nur der niedrigere Preis klar ersichtlich auf, verrechnet werde dann aber gegebenenfalls der höhere Preis. Die Preisminimalkunden-Mitgliedschaft kostete rund 75 Euro pro Jahr.

„Opodo überprüft erst nach Abschluss der Buchung die Mitgliedschaft. Verfügt der Kunde über keine Opodo-Prime-Mitgliedschaft, bucht das Unternehmen in weiterer Folge kommentarlos den höheren regulären Preis ab“, so EVZ-Jurist Andreas Herrmann. Dieses Vorgehen sei „nutzerunfreundlich“ und „rechtlich problematisch“.

Die Konsumentenschutzratzen dazu, während einer Internetbuchung Screenshots zu machen, um im Streitfall Belege zur Hand zu haben. Das EVZ Österreich empfiehlt aber ohnehin generell, direkt bei den Anbietern von Flügen und Reisen zu buchen – und nicht über Online-Vermittlungsplattformen. Ansprechpartner seien besser greifbar und Verbraucherrechte einfacher durchsetzbar. **(APA)**

BLICK ZURÜCK

KURZ ZITIERT

INSOLVENZEN

ZAHL DES TAGES

SO FINDEN SIE

Tiroler Tageszeitung